

Datum: 29.09.2023

Telefon: 0 233-

Telefax: 0 233-

ordnung.kvr@muenchen.de

**Kreisverwaltungsreferat**  
Hauptabteilung I Sicherheit und  
Ordnung, Prävention  
Allgemeine Gefahrenabwehr  
KVR-I/222

Ergebnisprotokoll zum 3. Operativen Runden Tisch (ORT) HBF 03.08.2023

## TOP 1

Begrüßung und Dank an alle Teilnehmer\*innen für die Mitarbeit am Projekt durch Frau xxx. Erstmals nehmen auch Vertreter\*innen des Referates für Bildung und Sport, des Mobilitätsreferates und des Referates für Stadtplanung und Bauordnung teil: Herr xxx, Sozialabteilung RBS, war Lehrer am Luisengymnasium. Er hat den RT Luisengymnasium organisiert: Es hat bereits 7 Übergriffe auf Schüler\*innen des Luisengymnasiums gegeben. Deshalb ist die Schulleitung an das RBS herangetreten, um Maßnahmen zur Abhilfe zu schaffen. Das Luisengymnasium verzeichnet bereits einen Rückgang der Schülerzahlen. Es besteht der Wunsch, die Ergebnisse des RT Luisengymnasium und die Ergebnisse des RT HBF zusammenzuführen.

Frau xxx und Frau xxx nehmen für das Mobilitätsreferat teil. Sie sind zuständig für den Stadtbezirk Mitte – Baustellen.

Frau xxx nimmt erstmals für das Planungsreferat teil. Sie ist im Team „Gesamtstädtische und teilträumliche Konzepte“, mit der Fortschreibung des Innenstadtkonzepts, in dessen Umgriff auch der HBF liegt, tätig. Auch ist sie Mitglied des Innenstadtmanagements, welches zur besseren Koordinierung von Transformationsprozessen in der Innenstadt derzeit gebildet wird. Der Erarbeitungsprozess für das neue Innenstadtkonzept soll mit Zielen und Maßnahmen im Frühjahr 2024 abgeschlossen werden.

Weitere teilnehmenden Personen:

PD xxx (PPM München), EPHK xxx (PI 12), LPDin xxx (PI 14), PHK xxx (PI 16), Ltd. PD xxx (BPOLI München), Herr xxx (DB-Sicherheit), Herr xxx (DB-Bahnhofsmanagement), Herr xxx (GSR), Frau xxx (Sozialreferat), Frau xxx (Amt für Wohnen und Migration, AKIM), Herr xxx (BAU T21), Herr xxx (Referat für Arbeit und Wirtschaft), Herr xxx (Prop e.V.), Frau xxx (Prop e.V.), Herr xxx (Obdachlosenhilfe St. Bonifaz), Herr xxx (D3, Caritasverband), Frau xxx (KVR-KAD), Herr xxx (KVR-KAD), Frau xxx (KVR-I/2), Frau xxx (KVR-I/2), Herr xxx (KVR-I/22), Frau xxx (KVR-I/222), Frau xxx (KVR-I/222), Herr xxx (KVR-I/222).

## TOP 2 - Vorstellung und Besprechung "Input" Migrationsbeirat

Die vom Migrationsbeirat eingebrachten Punkte werden von Herrn xxx vorgestellt mit dem Ziel, gemeinsam in der Runde zu entscheiden, welche Punkte in den ORT HBF einfließen sollen:

### Evaluierung des Alkoholverbots

Evaluierung findet bereits statt, eine Studie wird durchgeführt. Das Ergebnis der Evaluierung wird in die Beschlussvorlage aufgenommen.

### Interkulturelle Schulungen und Antidiskriminierungs-Schulungen

KAD und die Polizei sind diesbezüglich geschult. Bei der Polizei finden während der Ausbildung und der Grundfortbildung Schulungen statt, die Polizeibeamt\*innen sind ausreichend sensibilisiert. Die Polizei bietet an, hier einen Baustein zu liefern.

Herr xxx, Prop e.V., führt aus, dass die Kolleg\*innen gut aufgestellt sind.

Frau xxx regt an, beim Migrationsbeirat nachzufragen, welche Zielgruppen im Einzelnen abgedeckt werden sollen.

Herr xxx, RAW, erklärt sich bereit, im SOZ eine Abfrage zu starten und einen Baustein zu liefern.

→ Aufnahme des Punkts in die BV

### Sicherheit und die soziale Arbeit in den Katakomben

Herr xxx, DB, erklärt, dass die Katakomben in den Zuständigkeitsbereich der Bahn fallen.

Tatsächlich hat die Bahn hier mit Problemklientel zu kämpfen. Die DB Sicherheit ist beauftragt, die Bereiche zu kontrollieren und zu bestreifen. Die Zugänge sind versperrt, eine soziale Arbeit kann dort nicht stattfinden und wird auch nicht durchgeführt (Aussage Herr xxx). Keine Problembefassung im Gremium notwendig.

→ Erwähnung in der BV

### Studie zur Erhellung welche Rolle geschlechter-, kulturell- und diversitätsspezifische Hintergründe bei der individuellen Suchtproblematik einnehmen

Seitens des GSR (Herr xxx) erscheint eine Studie in diese Richtung interessant. Eine Durchführung wäre möglich, wenn politisch gewollt und die Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. Allerdings kann diese Studie kurzfristig keine Ergebnisse für Lösungsmöglichkeiten am HBF liefern. Die Vertreter\*innen des SOZ bestätigen diese Ansicht. Der Bedarf an dieser Studie wird momentan nicht gesehen.

→ Erwähnung in der BV

### Längere Öffnungszeiten D3

Der Leiter der Einrichtung, Herr xxx, erläutert, dass momentan keine Erweiterung des Angebots geplant ist. Es soll aktuell evaluiert werden, wie das D3 unter „Normalbedingungen“, also außerhalb von Krisenzeiten, läuft. Hierzu gibt es eine Absprache zwischen dem Träger des D3 und der Stadt München. Außerdem ist feststellbar, dass sich die Nutzer\*innen des D3 abends in die Übernachtungsmöglichkeiten begeben. Zudem haben andere Einrichtungen, wie

z.B. Otto & Rosi, die Teestube „komm“ und die Bahnhofsmision längere Öffnungszeiten.

→ Erwähnung in der BV

### Erhöhung des Gesundheitsfonds

In der Runde kann nicht beurteilt werden, ob Bedarf besteht. Stellungnahme des SOZ, Amt für Wohnen und Migration, soll dazu angefordert werden.

→ Erwähnung in der BV

### Bessere Beleuchtung an "dunklen Stellen"

Bessere Beleuchtung unterliegt einer ständigen Beobachtung, Maßnahmen werden bei Bedarf laufend umgesetzt. In diesem Zusammenhang gibt es Nachtspaziergänge des BAUs, welche über die Bezirksausschüsse beantragt werden können.

→ Erwähnung in der BV

### Analyse Beschaffungsprostitution

Nach polizeilichen Erkenntnissen hat es im Nußbaumpark „Peaks“ gegeben, allerdings ist derzeit die Zahl der männlichen Prostituierten in diesem Bereich stark rückläufig. Der KAD kann diese Beobachtungen bestätigen.

- Keine Aufnahme in die BV (aber Hinweis in BV) , dieser Punkt wird in den RT Prostitution eingebracht

### Infozentrum Migration

Dieser Punkt ist bereits mit dem Beschluss des SOZ im Juli bearbeitet worden.

- Aufnahme in die BV, das RAW liefert den Textbaustein

## **TOP 3 – Vorstellung von Vorschlägen aus dem Präventionskonzept**

Folgende Lösungsmöglichkeiten aus dem Präventionskonzept werden vorgestellt und als mögliche Punkte für die BV aufgenommen:

### ABG/Karl-Stützel-Platz:

besseres Beleuchtungskonzept, Sportangebote, Gastronomie etablieren, Jugendzentrum, Belebung ABG, Sozialkiosk, Aktivitäten im Freien, Notrufsäule im ABG

### Gesamtbereich:

Toiletten (wichtig ist aber vorher sich Gedanken zu machen: Wie müssen diese Toilettenräume ausgestaltet sein? Braucht es dazu Begleitung (z.B Toilettenpersonal), damit die Räume nicht verdrecken oder für Drogenkonsum missbraucht werden? Am besten wird vorher ein Konzept erstellt, welche diese Fragen klärt);

gewerblicher Foodtruck, Aufenthalts- und Beratungsraum schaffen für soziale Arbeit verschiedener Einrichtungen (es stellt sich jedoch die Frage, ob es nicht schon ausreichend viel soziale Einrichtungen im Bahnhofsviertel gibt), Image des Viertels verbessern, Sozialstadtplan (ähnlich wie die bereits vorhandene Broschüre zum Nächtigen und Campieren), Konzept „Die nette Toilette“, Ausgabe von Jetons, Bäume und Begrünung, Sicherheitspartnerschaft im Bahnhofsviertel, konsumfreie Sitzgelegenheiten und Parkbänke, Belebung öffentlicher Plätze, erlebbares Wasser, Quartiersfest/ Straßenfest, Quartiersspaziergang, Nachtwanderung (Polizei und/ oder soziale Einrichtungen, für Entscheidungsträger)

### HBF und Umgriff:

geduldeter Verweilort für „Szene“ im Nußbaumpark, kontinuierliche Bespielung Nußbaumpark mit Kultur und Gastronomie, Notrufsäule Paul-Heyses-Unterführung

## **TOP 4 – Wertung der Problembenennungen und Lösungsvorschläge durch ORT HBF**

Frau xxx ermutigt die Teilnehmer\*innen auch Punkte in die Beschlussvorlage aufzunehmen, die auf dem ersten Blick möglicherweise aussichtslos erscheinen. Diese Beschlussvorlage gibt die Gelegenheit für neue Ideen, Ansatzpunkte und Zielrichtungen.

Frau xxx macht auf die „Quick-Win-Lösung“ aufmerksam. So lassen sich ohne großen Aufwand Ergebnisse auf die Schnelle erzielen.

## Zum Themenkomplex Drogenproblematik

### 1. Erweiterung Öffnungszeiten L 43

Es wurden von Prop e.V. bereits Anträge gestellt, den Sicherheitsdienst und die Öffnungszeiten des Kontaktladens zu erweitern. Die Präsenzzeiten des Sicherheitsdienstes wurden bereits seit Mitte Juli 2023 ausgeweitet. Eine positive Bewertung des Förderantrags vorausgesetzt, könnten die Öffnungszeiten des Kontaktladens ab 2024 erhöht werden. Die Öffnungszeiten des Kontaktladens sollen ab 2024 ausgeweitet werden. Zu bedenken ist aber, dass irgendwann die Kapazitätsgrenzen erreicht sind und die betroffenen Menschen, nicht 24 Stunden am Tag in sozialen Einrichtungen verbringen können.

→ Konsens

### 2. Mehr Toiletten mit Spritzenabwurfmöglichkeit

- Grundsatzfrage: Soll Drogenkonsum verhindert oder ein ungewollter Zustand damit scheinbar legalisiert werden?
- Trotz bestehendem Verbot ist es Realität, dass öffentliche Toiletten zum Drogenkonsum genutzt werden: Drogenabwurfbehälter dienen der Risikominimierung, gerade auch für Nichtkonsument\*innen.
- Öffentliche Toiletten müssen allen Nutzergruppen zugänglich sein. Es ist ein Toilettenkonzept notwendig.
- Eine Möglichkeit wäre, für bezahlbare Toiletten (am HBF, Stachus) Jetons zur kostenlosen Nutzung zu verteilen oder die umliegende Gastronomie für das Angebot der „Netten Toilette“ zu bewegen.
- Es gibt einen Stadtratsbeschluss. Das BAU ist dabei, 40 neue Toilettenstandorte einzurichten. Maßgeblich für das BAU ist, dass eine Toilette innerhalb von 20 Minuten zu erreichen sein soll.
- Gerade werden die Verträge mit den Betreiberfirmen der Toiletten geschlossen. Jetzt wären noch Nachschärfungen möglich (z.B. Schlüsselfrage, Drogenabwurfbehälter, Reinigung wird nicht angezeigt, wenn jemand in Toilettenanlage schläft...).

→ KVR geht diesbezüglich auf das BAU zu. Eine polizeiliche Einbindung wäre laut LPDin Hand wünschenswert.

→ Konsens

### 3. AKIM Nußbaumpark Konfliktanalyse

AKIM entwickelt derzeit ein Konzept für den Nußbaumpark, zum Beispiel welche Alternativen es zur „Vertreibung“ von Personengruppen gibt.

→ Konsens

→ Quick Win

### 4. Drogenkonsumraum

Es gibt keine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes. Diese wird aber von den sozialen Einrichtungen gewünscht. Von seitens der Polizei wird jedoch auf die ablehnende politische Haltung des Freistaates Bayern hingewiesen.

→ Kein Konsens, unterschiedliche Sichtweisen

### 5. Öffentliche Aufenthaltsräume für Szeneangehörige

- Die Einrichtungen können nicht für 24 Stunden täglich als Anlaufstelle dienen, die Personen müssen sich aber irgendwo aufhalten können.

- AKIM erarbeitet ein (begleitetes) Modellprojekt für einen Aufenthaltsort im Nußbaumpark, der den betroffenen Personen auch als Alternative zum Aufenthalt angeboten werden kann. Das Projekt wird in SAMI vorgestellt.
- Die verschiedenen Szenen möchten Teil des öffentlichen Lebens sein, eine Dominanz einer Gruppe muss aber verhindert werden. Die Frage stellt sich nach der Örtlichkeit, besser nicht in unmittelbarer Nähe zum Spielplatz.
- Laut GSR besteht kein Bedarf für Aufenthaltsräume im Innenbereich.  
→ Konsens

6. Mobile ärztliche Versorgung

→ Konsens

### Zum Themenkomplex Gesamtbereich

7. Image verbessern

In diesem Zusammenhang wird der Foodtruck (evt. auch Wochenmarkt, Obststand ...) und Gastronomiestände genannt. Diese Maßnahmen müssen probiert und evaluiert werden. Nur so zeigt sich, ob diese Maßnahmen zur Verbesserung der Situation geeignet sind.

→ Konsens

8. Taubenvergrämung

→ Konsens

9. Weiterer Raum für soziale aufsuchende Arbeit

→ Kein Konsens, ein möglicher Bedarf muss mit den betroffenen Stellen unter dem Einbezug der vor Ort tätigen Träger eruiert werden.

10. Entzerrung/ Dezentralisierung von Hilfsangeboten

→ Konsens

11. Korbiniansküche Konfliktmanagement

Der KAD ist in diesem Bereich im Einsatz. Es ist feststellbar, dass der Bereich während der Sommerpause der Korbiniansküche weniger frequentiert ist. Für St. Bonifaz ist keine Änderung der Frequentierung feststellbar. Dies spricht möglicherweise für einen neuen Standort. Zur Behandlung des Themas Korbiniansküche muss aus Sicht des SOZ unbedingt der Träger (Caritas) einbezogen werden. Ebenfalls bedarf es einer interner Abstimmung im SOZ, die jedoch erst bis Mitte Oktober erfolgen kann.

→ Kein Konsens

12. Erlebbares Wasser

Erlebbares Wasser spielt für das Innenstadtkonzept bei PLAN gerade aufgrund der Klimaerwärmung eine große Rolle. Wo immer möglich, sollen diese Maßnahmen (z.B. Sprühnebel, Trinkbrunnen/ Wasserspender) zum Einsatz für das Wohlbefinden und als Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung angebracht/ installiert werden.

Bei Trinkwasserspendern ist darauf zu achten, dass diese hygienisch und sicher gestaltet sind. Auf bestehende Vorschriften wird diesbezüglich verwiesen.

→ Konsens

13. Quartiersfest/ Straßenfest

Hier wäre es wichtig, die Bevölkerung einzubinden.

→ Konsens

14. Vereinsarbeit stärken

Es gibt in dem Bereich bereits den Verein Südliches Bahnhofsviertel e.V., und den Verein Maxvorstadt. Die Zusammenarbeit und der Zusammenhalt im Viertel soll gestärkt werden. Die Möglichkeiten hierzu sollen mit den Vereinen diskutiert werden.

→ Konsens

15. Spaziergänge/ Nachtwanderung mit Polizei und sozialen Einrichtungen

Dient der Begutachtung möglicher Problemstellungen.

Außerdem kann eine Nachtwanderung auch eine mögliche Maßnahme der Belebung des Viertels sein, welche jedoch bei sozialen Einrichtungen/ Vereinen bzw. im Tourismusbereich zu verorten wäre. Die Polizei ist insofern keine Anlaufstelle für verschiedene Nutzergruppen.

Es gibt bereits Angebote vom BAU und den Bezirksausschüssen.

→ Konsens unter Bedingungen

16. Quartiersmanagement

Quartiersmanagement kann ein Bindeglied zwischen Anwohner\*innen und Vertreter\*innen aus den verschiedenen Bereichen der Verwaltung, der lokalen Politik, der privaten Wirtschaft, lokalen Vereinen und Initiativen darstellen.

Der Begriff „Quartiersmanagement“ kann Verwirrung stiften, weil dieser schon so häufig von anderen Themen besetzt ist, z.B. Quartiersmanagement von Nachbarschaftstreffen, Sanierungsgebieten u.m...Es sollte ein Name mit perspektiver Zielrichtung gefunden werden.

Im Zusammenhang mit der Breite des Aufgabenspektrums und der Vielfalt der beteiligten Akteure müssen die Tätigkeitsbereiche dieser koordinierenden Stelle klar beschrieben werden.

Neben der Begriffs- und Aufgabenklärung ist hier auch die Ansiedlung der Stelle sowie deren Finanzierung zu klären, da es um referatsübergreifende, interdisziplinäre Strategien und Handlungsmöglichkeiten gehen muss.

Wegen der Baustelle mit den laufenden Veränderungen kann es noch kein abschließendes Konzept geben. Es ist aber wichtig, dass es eine Stelle gibt, die ressortübergreifend die Situation langfristig im Blick hat und die Probleme auch während der Bauphase regelmäßig aufgreift.

→ Bei PLAN anfragen, ob diese Aufgabe begleitend zum Innenstadtkonzept leistbar ist.

→ Konsens

17. Vermeiden von Lagerbildung durch Möblierung

Es kann nicht mehr nachvollzogen werden, wie dieser Punkt zu verstehen ist. Der

Vorschlag bezieht sich wohl nicht auf das Wilde Campieren. Möglicherweise geht es um die Ausgestaltung der Bänke, dass hier ein Nächtigen nicht mehr möglich ist.

Im BAU gibt es eine BV zur defensiven Stadtgestaltung.

→ Kein Bedarf für die Aufnahme in der BV

18. Tauben/Rattenplage

Futterstellen müssen zeitnah entfernt werden („Mach München besser“)

→ Konsens

19. Flex-Teams

Aus den Erfahrungen der Vorjahre heraus, dass Feuer-Hotspots sehr schnell neu entstehen können, wurde ein eigenes Team von Honorarkräften gebildet, die an flexibel entstehenden Orten einsetzbar sind: Das AKIM-Flex-Team. Es ist besetzt mit Konfliktmanager\*innen, die schon erfahren sind mit der AKIM-Arbeit und sich auf neu entstehende Aufträge schnell einstellen und auf schnellen Zuruf kurzfristig an Örtlichkeiten präsent sein können.

Dieser Punkt wurde bereits in der BV des SOZ vom Juli abgearbeitet.

→ Kein Bedarf für die Aufnahme in der BV

20. KAD Präsenz/ Erweiterung

Die Polizei spricht sich für die Beibehaltung des KAD in der jetzigen Form aus, wünschenswert wäre auch eine Aufstockung des Personals.

Eine räumliche Ausweitung wäre aus Sicht einiger Teilnehmer\*innen des ORT hilfreich, aber nur bei personeller Hinterlegung. Der Aufgabenbereich solle sich jedoch nicht verändern. Es gibt derzeit verschiedene Stadtratsanträge. Der KAD befindet sich gerade in einem laufenden Reformprozess. Der Stadtrat wird sich voraussichtlich im Oktober und im Frühjahr nächsten Jahres damit befassen. Seitens SOZ wurde „beantragt“, dass der KAD im Umfeld des Übernachtungsschutzes tätig wird, weil es dort aktuell viele Probleme gibt.

→ Kein Konsens

21. Verschmutzung/Müll

- Es braucht Mülleimer, vergleichbar mit denen im Englischen Garten, welche für Krähen nicht zugänglich sind.
- Die Leerungsintervalle müssen verkürzt werden.
- Lärmschutz: Das BAU gibt zu bedenken, dass zur Lärmvermeidung die Straßenreinigung nicht in der Zeit von 22 – 7 Uhr tätig sein darf. Mit einer Ausnahmegenehmigung dürfen einzelne Straßen schon ab 04:00 Uhr gereinigt werden.
- Zum Vergleich: McDonald`s am Stachus hat nur zwei Abfallbehälter.

→ Herantreten an McDonald`s

→ Abfrage BAU

→ Konsens

22. Hinterhöfe/Garagen/Drogenkonsum

→ Herantreten an die Eigentümer, um ggf. die Zugänge zu den Hinterhöfen zu versperren.

→ Konsens

23. Notschlafstelle Jugendliche/ Schutzstelle

Aus Sicht der Polizei ist feststellbar, dass die Einrichtung der Notschlafstelle in einem problembehafteten Viertel kontraproduktiv ist, ein Schutz kann nicht gewährleistet werden. Das Umfeld für Kinder und Jugendliche ist zum Teil gefährdend, gerade hinsichtlich was Prostitution betrifft. Die Notschlafstelle dient zuweilen auch dazu, dass Jugendliche untertauchen.

Das Stadtjugendamt (S-II-E/E2) steht bereits im Kontakt mit der zuständigen PI sowie dem Polizeipräsidium. Die kritische Sicht der Polizei gegenüber der Notschlafstelle sowie explizit die Aussage „Die Notschlafstelle dient zuweilen auch dazu, dass Jugendliche untertauchen“, ist für das Stadtjugendamt nicht nachvollziehbar. Von seitens des Stadtjugendamtes wird dagegen ein großes Potential darin gesehen, dass die Jugendlichen in der Notschlafstelle unterkommen, statt auf der Straße zu nächtigen oder sich für eine Unterkunft prostituieren. Zudem sind sowohl Fachkräfte als auch ein Sicherheitsdienst vor Ort.

Es gibt bereits regelmäßige Kooperationsgespräche zwischen dem Stadtjugendamt und der Polizei, die durch S-II-L/KS organisiert werden und in denen auch Fragen und Problematik rund um die Notschlafstelle besprochen werden können.

- ➔ Zu diesem Punkt muss das Jugendamt sowie der Träger der Notschlafstelle einbezogen werden. Weiterer Austausch zwischen dem Stadtjugendamt, dem Träger und der Polizei kann nach Bedarf organisiert werden.
- ➔ Kein Konsens

#### 24. Angebot Nachtspaziergang BAU im Viertel

- ➔ Konsens

### **Zum Themenkomplex HBF und Umgriff**

#### 25. Taxistände/ Speicherplätze

Das MOR führt bereits Gespräche, zusätzliche Plätze werden geschaffen. Die Plätze unterliegen aber aufgrund der Bautätigkeit einer ständigen Veränderung.

- ➔ Quick Win

#### 26. Alkoholkonsumierende am HBF Nord und Süd

Weitere Aufenthaltsräume im HBF-Bereich schaffen. Jedoch wird vom SOZ angemerkt, dass dies dem Gedanken der Entzerrung widerspricht.

Wegen der Baustelle ist kein Raum für die Schaffung weiterer Aufenthaltsräume vorhanden. Aus Sicht der Beteiligten ist keine Lösung in Sicht. Das D3 hat keine weiteren Kapazitäten.

- ➔ Kein Konsens

#### 27. Fortbestand der AVV

- Nach polizeilichen Erkenntnissen gibt es im ABG schwere Gewalttaten unter Alkoholeinfluss. Am HBF gibt es 800 Verstöße gegen die AVV. Es stellt sich die Frage, was passieren würde, wenn es dort die AVV nicht gäbe.
- Aus Sicht des SOZ gibt es Bedenken wegen einer möglichen Verdrängung aufgrund der AVV und den Wunsch, die geplante Evaluierung abzuwarten und dann eine differenzierte Bewertung in dieser wichtigen Frage vorzunehmen.
- Es gibt Beobachtungen des KAD, dass sich im ABG andere Personen aufhalten, die vorher nicht am HBF waren. Die Besucher\*innen des D3 suchen nach Verlassen der Einrichtung nicht nur den ABG auf.
- Es ist allgemein ein Anstieg der Personen mit (Sucht-)Problemen erkennbar.
- Der KAD sieht bei Abschaffung der AVV, eine Öffnung des Raumes für

Alkoholkonsumierende. Die Probleme im ABG würden aber nach wie vor bestehen bleiben.

→ Kein Konsens

### **Zum Themenkomplex ABG/ Karl-Stützel-Platz**

#### **28. Notrufsäulen im ABG und Paul-Heyse-Unterführung**

Es wird kein Bedarf gesehen: So gibt es eine PI in der Nähe der Paul-Heyse- Unterführung und in der heutigen Zeit ist so gut wie jeder mit einem Handy ausgestattet. Es stellt sich die Frage, wo im ABG die Notrufsäule stehen sollte. Auch Vandalismus und Betriebskosten sind ein Problem.

→ Kein Bedarf für die Aufnahme in der BV

#### **29. Bauliche Veränderung und positive Belegung ABG/ Karl-Stützel-Platz**

→ Konsens

#### **30. Korbiniansküche**

Die Korbiniansküche will den Standort behalten, dieser Platz wurde wohl durch die Caritas vom Kommunalreferat gepachtet. Zur Behandlung des Themas Korbiniansküche muss auch unbedingt der Träger (Caritas) einbezogen werden. Ebenfalls bedarf es einer internen Abstimmung im SOZ, die jedoch erst gegen Mitte Oktober erfolgen kann.

→ Kein Konsens

#### **31. Belegung Karl-Stützel-Platz und ABG**

Durch positive Beispielung (Bsp. Mobil Spiel). Einrichtung eines sog. Sozialkiosks. Die Betreiber können Ansprechpartner sein und sich um den Platz kümmern. Dadurch ergibt sich auch soziale Kontrolle (Bsp. Kiosk am Grünspitz).

→ Konsens

#### **32. Sport- und Gastronomieangebote/ Jugendzentrum**

Sport- und Gastronomieangebote würden die Aufenthaltsqualität steigern und die Belegung fördern. Die umliegenden Anwohner\*innen, die Beschäftigten, Schüler\*innen und Ausgewilligen hätten eine Anlaufstelle/ Ziel den Karl-Stützel-Platz und AGB aufzusuchen. Jedoch ist das Gebiet für Jugendliche nur bedingt geeignet.

→ Konsens?

Die Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sind die Einrichtungen in freier Trägerschaft, die durch SOZ bezuschusst werden. Mit dem Kinderspielhaus in der Sophienstraße in der Trägerschaft von KJR München-Stadt ist bereits eine derartige OKJA-Einrichtung am Karl-Stützel-Platz verortet. Bedarf an einer weiteren Einrichtung an dieser Stelle wird nicht gesehen.

Die Thematik der Angebote für Kinder- und Jugendliche im Umgriff des Hauptbahnhofs wurde bereits im Rahmen der Trägerbeteiligung zur Beschlussvorlage SOZ diskutiert (Anlage 12). Das Ergebnis war, dass es im Umgriff des Hauptbahnhofs weniger um die Schaffung der einmaligen Angebote für die Kinder und Jugendliche geht, sondern „um die Schaffung der öffentlichen Räume, die von den Kindern und Jugendlichen auch ohne

pädagogische Begleitung angenommen werden können.“ Dies steht im Anklang mit den vorherigen Punkten zur Belebung des Karl-Stützel-Platzes.

Die Zielgruppe der Einrichtung sind Kinder von 6 bis 12 Jahre. Die Prüfung des Bedarfes einer Ausweitung der Altersgruppen auf Jugendliche und junge Erwachsene wird vom Sozialreferat/ Stadtjugendamt mit dem Fortschreiten der Projektplanung vorgenommen und in Anbetracht der aktuellen Daten- und Bedarfslage angepasst. Der Träger der Einrichtung (Kreisjugendring) wird in diese Prozesse einbezogen. Der Träger der Einrichtung beteiligt sich aktiv an der Arbeit des RT Luisengymnasium und ist ebenfalls ein Kooperationspartner des Luisengymnasiums.

→ Kein Konsens

### 33. Ampelschaltung

Die Ampelschaltung kann nicht verändert werden, weil die Ampelschaltungen in dem ganzen Bereich aufeinander abgestimmt sind. Das MOR kann hierzu einen Textbeitrag liefern.

→ An das MOR herantreten zur Prüfung, ob die Luisenstraße z.B. in eine Tempo 30 Zone umgewandelt werden kann.

→ Konsens

### 34. Beleuchtung ABG

Funktionierende und ausreichende Beleuchtung unterliegt einem dauernden Prozess.

→ Konsens

### 35. AVV im ABG

Ausweitung AVV auf ABG wäre wünschenswert, da derzeitige Regelung „nur für die Theorie“. Jedoch wird auch das Problem der „Verdrängung“ gesehen. Ansonsten auch hier die bekannten Pro und Contra einer Alkoholverbotsverordnung.

→ Kein Konsens

### 36. Reinigung im ABG

Reinigung und Abfallentleerung zwei mal täglich und zusätzlich nach Bedarf.

→ Konsens

## **TOP 5 - Sonstiges, Wünsche, Anregungen & Terminierung**

Frau xxx dankt für die Mitwirkung und zeichnet den weiteren Verlauf auf:

Die Ergebnisse aus den vergangenen drei ORT HBF werden den Verwaltungsdirektor\*innen der beteiligten Referate zu Kenntnis mitgeteilt.

Ebenfalls wird den Bezirksausschüssen das Ergebnis vorgestellt.

Das KVR fordert bei den beteiligten/ betroffenen Stellen die entsprechenden Textbeiträge an und fertigt die Beschlussvorlage. Die Beschlussvorlage wird den beteiligten Referaten vorab auf der Arbeitsebene und dann offiziell zur Mitzeichnung zugeleitet.

Nach derzeitigen Stand ist eine weitere Sitzung des Operativen Runden Tisches nicht notwendig.

Die Beschlussvorlage wird dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

**TOP 6 - Protokoll**

Bitte ggf Änderungswünsche zu diesem Protokollentwurf an [ordnung.kvr@muenchen.de](mailto:ordnung.kvr@muenchen.de) übermitteln. Das freigegebene Protokoll wird dann zeitnah zugeleitet.

gez.